

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Zürcherstr. 20.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Petitzeilen oder deren Raum 25 Pf., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., sonstige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 113.

Dienstag, den 15. Mai 1917.

24. Jahrg.

Die Aufgaben der Uebergangswirtschaft.

Von Paul Umbreit.

S. Sozialpolitische Fragen.

An die Spitze der Sozialpolitik während der Uebergangswirtschaft ist die Forderung nach möglicher Wahrung des sozialen Friedens zu stellen. Sie ist begründet in dem starken Druck, der während der fraglichen Zeit auf der deutschen Volkswirtschaft lastet. Mit umfangreichen und erbitterten Kämpfen kann weder den Unternehmern und Arbeitern, noch dem Gemeinwohl gedient sein. Darin sollten sich die Auffassungen aller Parteien im Wirtschaftsleben begegnen. Freilich liegt uns nichts fern, als einen Burgfrieden über den Krieg hinaus zu proklamieren oder gar durch gesetzliche Maßnahmen zu erzwingen. Die Kriegserfahrungen haben bewiesen, daß die Verhältnisse oft stärker sind als der gute Wille einzelner Parteien. Aber es kann manches an Einrichtungen geschaffen und erhalten werden, um bestehende Differenzen schiedgemäß zu schlichten und die Bestrebungen des friedlichen Ausgleiches zu fördern.

Da kommen zunächst die Schlichtungsorgane in Betracht, die für die Durchführung des Hilfsdienstes geschaffen wurden und die sich in denjenigen Industrien, in denen sie bisher zur Anwendung gelangten, nach übereinstimmendem Urteil aus den beteiligten Kreisen auch bewährt haben. Es ist zweifellos ein schwerer Fehler, wenn sie samt dem Hilfsdienstgesetz nach dem Kriegesabluß in die Vergangenheit sinken sollten. Der Wunsch nach ihrer Erhaltung in einer der Friedenswirtschaft entsprechenden Form ist berechtigt. Man wird sie unter Festhaltung ihrer paritätischen Zusammenfassung, aber durch Wahl ihrer militärischen Leitung entkleiden und dem Reichsamt für Uebergangswirtschaft weiterstellen müssen; an Stelle der Generalkommandobehörden werden die Gewerbeaufsichtsbeamten den Vorsitz führen können. Ueber Wehrscheine werden sie nicht mehr zu entscheiden haben, wohl aber können sie in den Berufen und Betrieben, in denen Tarifinstanzen und Einigungsämter nicht bestehen, angerufen werden; sie müssen das Erscheinen beider Parteien und die Verhandlung anordnen und einen Schiedspruch fällen können, über dessen Annahme oder Ablehnung sich die Parteien zu äußern haben. Das Hauptgewicht ihrer Wirksamkeit ist natürlich auf die Herbeiführung eines friedlichen Ausgleiches zu legen. Für Streitigkeiten, die über den Bereich eines Stadt- oder Landkreises hinausgehen, sind Landesauschüsse, für solche, die mehrere Bundesstaaten oder Provinzen umfassen, ein Reichseinigungsamt einzusetzen.

Eine besondere Fürsorge ist dem Ausgleich an Differenzen innerhalb der einzelnen Betriebe zu widmen. Das geschieht am besten durch die Erhaltung der Arbeiterauschüsse des Hilfsdienstgesetzes und ihrer Ausdehnung auf alle Betriebe mit 20 regelmäßig beschäftigten Arbeitern oder Angestellten.

Die Grundlage friedlicher Arbeitsverhältnisse während der Uebergangswirtschaft sind von Organisation zu Organisation gleichberechtigt abgeschlossene Tarifverträge, die die beiderseitigen Pflichten und Rechte regeln und für die Entscheidung von Streitigkeiten gewisse Instanzen bestimmen. Es liegt im Interesse aller Faktoren der deutschen Volkswirtschaft, das Zustandekommen solcher Tarifverträge zu fördern und die bestehenden Vereinbarungen zu erhalten. Soweit solche Tarifverträge während der Uebergangswirtschaft ablaufen, ist auf ihre Verlängerung oder Erneuerung hinzuwirken. Dabei ist selbstverständlich darauf Rücksicht zu nehmen, daß berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten, insbesondere soweit sie sich aus Steuerungsverhältnissen ergeben, entsprochen wird. Denn es dient nicht dem sozialen Frieden, wollte man die Folgen der Steuerung der Arbeiterkraft aufbürden und es ihr überlassen, sich damit anzupassen. Dagegen würden sich die Arbeiter bis zum äußersten wehren und zwar mit vollem Recht, was ihnen auch nicht freizügig gemacht werden kann.

Ferner ist die Uebergangswirtschaft eine öffentliche Angelegenheit von so entscheidender Bedeutung, daß der Arbeiterschaft der Anspruch auf eine gesetzliche Vertretung ihrer Interessen durch Kammer auf beruflicher Grundlage nicht länger verweigert werden kann. Es mag hier unentschieden bleiben, ob für diese Uebergangszeit Arbeiter oder Arbeitskammern ins Leben zu rufen sind. Jede dieser beiden Formen kann am Platze sein und wirksam wirken. Man kann sich denken, daß reine Arbeiterkammern in vielen ihrer Forderungen und Gutachten gegenüber reinen Arbeitgeberkammern ihres Gewerkes soweit möglich, daß beide zusammentreten und das Gewicht ihrer Forderungen vereinigen und verstärken können. Es müßte aber auch bei paritätischen Arbeitskammern möglich sein, daß sowohl die Arbeiter- als auch die Arbeitgebervertreter getrennt tagen und ihre Sonderwünsche und Meinungen geltend machen könnten. Wie gesagt kommt es hier für die Uebergangszeit viel weniger auf die Form als auf das Vorhandensein gesetzlicher Arbeitervertretungen und auf das Maß ihrer Rechte an, das nicht engherzig beschränkt werden sollte. Insbesondere darf der Wahl von Gewerkschaftsleitern keine Schranke gezogen werden,

da gerade diese fachlich, wie volkswirtschaftlich und sozialpolitisch geschulten Kräfte für die vorliegenden gemeinnützigen Aufgaben gar nicht zu entbehren sind. Desgleichen gilt natürlich auch bei paritätischen Kammern oder Arbeitgeberkammern für die Wahl von Arbeitgebersekretären.

Während des Krieges sind auf engherzigen Gebieten gewisse gemeinsame Interessen von Arbeitgebern und Arbeitern in Erscheinung getreten, die zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften und diesbezüglichen Vereinbarungen geführt haben. Besonders gilt dies für die Arbeitsbeschaffung bei Erwerbslosigkeit und für die Kriegsbeschädigtenfürsorge. Das Gebiet solcher Gemeinschaftsarbeit ist sicherlich sehr erweiterungsfähig; es sei nur an die Schaffung gemeinsamer Arbeitsnachweise, Lehrlingsberatungsstellen, Ehrengerichte gegen Gewerbebeschädigung usw. erinnert. Im Handwuchsmachergewerbe ist es sogar zur Errichtung eines gemeinsamen Sekretariats für Kriegswirtschaftsfragen gekommen. Es erscheint naheliegend, daß auch die Uebergangswirtschaft für Arbeitgeber- und Arbeiterverbände manches gemeinsamen Interessierende bringt, das im Wege von Vereinbarungen und Arbeitsgemeinschaften gewahrt werden muß. Es liegt deshalb im öffentlichen Interesse, daß solche Arbeitsgemeinschaften für die Uebergangszeit gefördert und durch das Reichsamt gewissermaßen privilegiert in ihren Zwecken und Vereinbarungen geschützt werden. Das letztere könnte durch die rechtliche Sicherung derjenigen Vereinbarungen, die beim Reichsamt für Uebergangswirtschaft hinterlegt sind, geschehen.

Die nächste Sorge gilt den Heimarbeitern, die noch immer der Durchführung der wichtigsten Vorschriften des Gesetzes betr. Heimarbeit warten müssen, auf die Lohnaufsätze, Lohnlisten und Lohnbücher und auf die Fachauschüsse. Gerade der Lohnschutz der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen hat sich während des Krieges so oft als unzureichend erwiesen, daß die auftraggebenden Militärbehörden unmittelbar eingreifen mußten. Das war im Kriege leicht möglich, aber nach Friedensabluß ist es mit der Militärermächtigung vorbei, wenigstens hinsichtlich des Heimarbeiterinnen-schutzes, — nicht aber mit der Ausbeutung der Heimarbeiter, die ein reichliches Angebot von Händen vorfinden wird. Ein wirksamer Lohnschutz für Heimarbeiter ist daher unausschießbar. Derselbe muß zunächst eine rechtsverbindliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Sachauschüsse, noch besser durch Lohnämter nach englischem Vorbild bringen. Für die Ausführung öffentlicher Aufträge von Reich, Staat, Gemeinden und sonstigen Behörden müssen die Arbeiterlöhne durch Vereinbarung zwischen den Auftraggebern und den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter dergestalt vereinbart werden, daß der Anteil der Arbeiter nicht durch die Zwischenunternehmer geschmälert werden darf, und diese Lohnfestsetzungen müssen, gleichwie in der Kriegswirtschaft, gegen Abdingung durch private Verträge gesichert werden. Während der Kriegszeit haben die Generalkommandos durch ihre Verfügungsgewalt diesen Lohnschutz bewirkt; in der Uebergangswirtschaft geht diese Befugnis am besten auf das Reichskommissariat über.

Neben dem Heimarbeiterschutz sind einige andere Arbeiter-schutzbestimmungen vorzuziehen. Da handelt es sich in erster Linie um die Wiederherstellung der am Beginn des Krieges für vorübergehend außer Kraft gesetzten Bestimmungen über den gesetzlichen Arbeiterinnen- und Jugendschutz, vor allem in bezug auf Arbeitsdauer, Pausen und Verbot der Nachtarbeit. Es ist selbstverständlich, daß diese Schutzlosigkeit der Arbeiterinnen und Jugendlichen mit dem Kriegesabluß ihr Ende erreicht. Das ist ihnen auch wirklich zu gönnen, sowohl aus gesundheitlichen Gründen, als auch aus familiären Rücksichten. Für die Jugend kommt auch die volle Durchführung der Fortbildungsschulpflicht und die Herbeiführung geregelter Lehrverhältnisse in Betracht. Auch für die erwachsenen Arbeiter ist eine geregelte Arbeitszeit notwendig, denn es ist während der Kriegswirtschaft mit Ueberzeitarbeit ein heilloser Raubbau auf Kosten der Arbeitergesundheit getrieben worden. Hier müssen die Staats- und Gemeindebetriebe mit gutem Beispiel durch die Einführung der Achtstundenschicht vorgehen. Das während des Krieges eingeführte Nachtarbeitsverbot für Bäcker und Konditoreien ist natürlich auch nach dem Kriege in vollem Umfange aufrecht zu erhalten. Ebenso empfiehlt es sich, hinsichtlich des für die offenen Verkaufsstellen eingeführten Sieben-Uhr-Abendschlusses keinen Rückschritt zuzulassen. Die Lebensmittelgeschäfte sind abnehmend von dieser Maßregel ausgenommen. Hinsichtlich des Lohnschutzes der Minderbemittelten ist die während des Krieges ergangene Bundesratsverordnung über die Herabsetzung der präventivfreien Grenze für Arbeits- und Dienstlohn auf 2000 Mark aufrechtzuerhalten und mit Rücksichtnahme auf den Schutz der Gehälter der Angestellten gegen Vornahme irgendwelcher zu erweitern. Ferner ist eine Sicherung der Rechte der Arbeiter und Angestellten an Pensionskassen, zu denen sie aus eigenen Mitteln Beiträge geleistet haben, für solche Fälle notwendig, in denen sie nicht

wieder in den Betrieben eingestellt werden, für welche solche Klassen bestehen. Diese Sicherung muß entweder die Aufrechterhaltung erworbener Ansprüche oder die Rückzahlung der geleisteten Beiträge vorsehen. Eine gesetzliche Regelung dieser Materie ist nicht zu umgehen. Aus dem Gebiete der Arbeiterversicherung sind beim Beginn des Krieges die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, die die Krankenversicherung der Heimarbeiter regeln, außer Kraft gesetzt worden. Nun sind sich zwar alle Praktiker der Krankenversicherung darin einig, daß man es bei der einfachen Wiederherstellung der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung nicht bewenden lassen kann, da jene Vorschriften sich als schwer durchführbar erwiesen. Aber die Krankenversicherung der Heimarbeiter darf deshalb nicht aufgeschoben werden; und es ist Vorzuziehen, daß hierbei die Erfahrungen der Krankenkassen hinreichend zu Rate gezogen werden. Ferner ist während des Krieges die Wöchnerinnenunterstützung durch Bundesratsverordnung auf alle Arbeiterfrauen ausgedehnt worden. Ein entsprechender Mutterlohn von ähnlicher Tragweite ist auch für die Uebergangswirtschaft zu fordern, weil die ungleichen Erwerbsverhältnisse besondere Maßnahmen zur Erhaltung der Volkskraft notwendig machen.

Endlich — last not least — muß die Arbeiterschaft auch für die Uebergangswirtschaft auf der Durchführung einer geregelten Reichsarbeitslosenunterstützung bestehen, die gerade wegen der zentralistisch-behördlichen Eingriffe in die Erzeugung und Erwerbsverhältnisse nicht zu entbehren ist. Es wäre sicherlich das Beste, wenn das Reich eine Arbeitslosenunterstützung nach dem sogenannten Genter System, d. h. durch Gewährung von Zuschüssen an die Berufsvereine, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zahlen, einführen würde. Für die Nichtorganisierten könnten örtliche Unterstützungsstellen mit ähnlichen Reichszuschüssen errichtet werden. Die Gründe, die die Reichsregierung vor dem Kriege gegen Zuschüsse an Gewerkschaften geltend machte, können nach den Erfahrungen während des Krieges nicht mehr stichhaltig sein. Aber unmöglich können die Arbeitslosen allein auf den guten oder mangelnden Willen der Gemeinden angewiesen werden. Das hieße die Arbeiter nicht bloß für die Kriegsfolgen strafen, sondern auch die Uebergangswirtschaft erschweren. Gerade hier muß es sich zeigen, ob das Reich die Uebergangswirtschaft lediglich als Unternehmerrisiko auffaßt, oder ob es bewußte Sozialpolitik zugunsten der Arbeiter und Angestellten treiben will.

Vom Tage.

Nach einer Mitteilung der „S. R.“ ist auch einem Delegierten der Generalkommission der Gewerkschaften, dem Genossen Sassenbach, der Paß verweigert worden, die anderen Delegierten haben die Paße noch nicht zugestellt erhalten. Eine andere Parteikorrespondenz meint, daß jeder Besuch der Behörden, eine Auslese unter den Delegierten zu treffen, die deutsche Beteiligung an der Konferenz entwerfen und gefährden müßte. Die mit Paßen ausgestatteten Delegierten müßten sich fragen, ob unter solchen Umständen die Beteiligung überhaupt noch einen Zweck habe, und es wäre am besten, wenn sie erklärten: Entweder alle oder keiner!

Nach dem „Höf. Fremdenblatt“ hat die Regierung im Hauptauschuß des Reichstages erklären lassen, daß sie die Paße für Stockholm geben werde. Damit dürfte die Sache vorläufig erledigt sein.

Dem „A. G.“ wird aus Stockholm gemeldet: Bei der vorbereitenden Sitzung der sozialistischen Friedenspartei ist die Meldung eingetroffen, daß der russische Arbeiterrat sämtliche sozialistischen Parteien, sowohl die der Mittelmächte, als der Entente-Länder, zu einer Konferenz nach Stockholm berufen werde. Der schwedische Abgeordnete Ström sagte: diese Konferenz werde wahrscheinlich ebenfalls in Stockholm zusammengetreten. Die Regierungen der Entente würden nicht umhin können, den sozialistischen Vertretern die Paße zur Teilnahme an dieser Konferenz zu gewähren. Die Entente-Regierungen würden voraussichtlich vermehren, mit dem russischen Arbeiterrat, der einen sehr mächtigen Einfluß ausübt, in einen Gegensatz zu geraten und es ist wohl möglich, sagte Ström, daß diejenigen sozialistischen Nichtbeteiligungsparteien, deren Programm nationalitätliche oder imperialistische Bestrebungen verrät, genötigt sein werden, es bei dieser Konferenz einer Durchsicht zu unterziehen. Ich halte diesen Schritt, sagte Ström, für einen wichtigen Schritt auf dem Wege zum Frieden, weil ich sicher bin, daß der Arbeiterrat sich nicht im Gegensatz zur vorläufigen Regierung befand, als diese die Einladung erteilte.

Die französischen Mehrheitssozialisten wollen dem zum 27. Mai in Stockholm stattfindenden Nationalkongress einen Antrag unterbreiten.

nach welchem der Beschluß der Nichtberufung der Stockholmer Konferenz bestätigt wird. Nach einer Havas-Meldung wollen sie diesen Standpunkt wie folgt begründen: Die Besprechung in Stockholm ist nicht ordnungsmäßig einberufen worden. Das Fehlen einer genauen Tagesordnung und die mangelhafte Beobachtung der Bedingungen für die Vertretung sind geeignet, die berechtigten Kritiken und die verdächtigsten Mißverständnisse hervorzurufen. Die Internationale war ohnmächtig, den Krieg zu verhindern, sie wird vielmehr zurück. Die sozialistische Partei willigt ein, an der nächsten Zusammenkunft der Internationale teilzunehmen, falls die Einberufung ordnungsmäßig geschieht und eine Tagesordnung festgesetzt wird. Die Verantwortlichkeit Deutschlands und Österreichs soll festgestellt und ihre Regierungen zu Feinden der Internationale erklärt werden. Die deutschen und österreichischen Sozialisten sollen als Mitschuldige der Regierungen aus der Internationale entfernt werden. Weiter richteten sie an die Internationale die Forderung, die schuldigen Vertreter des deutschen und österreichischen Sozialismus in Anklagezustand zu versetzen. — Jeder Kommentar hierzu wäre überflüssig.

In der Jahresversammlung der Ungarischen Sozialistenvereinigung wurde beschlossen, ein Telegramm an den Präsidenten des Internationalen Presseverbandes, Wilhelm Singer, abzugeben und ihn zu ersuchen, deren Mitglieder aus den neutralen und feindlichen Ländern zu einem Kongreß in der Hauptstadt eines neutralen Landes zu berufen, um dort über eine beschleunigte Herbeiführung des Friedens zu verhandeln.

31 Mitglieder des englischen Unterhauses und 25 radikale und sozialistische Mitglieder haben Glückwunschadressen, jene an die provisorische Regierung Rußlands, diese an die Regierung des Rates der Arbeiter und Soldaten telegraphisch geschickt. Beide sprachen ihre große Genugtuung darüber aus, daß Rußland jede Idee einer Eroberung und Invasion aufgegeben habe.

Die englische Presse begießt die Unterzeichner der Adressen nach bekannter Art.

Die Kriegslage.

22. Berlin, 14. Mai, abends. (Amlich.)
Schlesien starke Artillerietätigkeit an der Kampffronten im Westen.
Bei Craonne, Carbens und Serran au Tac blieben französische Vorposten erfolglos.

Wien, 14. Mai. (Amlich.)
Östlicher und jüdischer Kriegsschauplatz.
Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.
Die Artilleriebeschüsse am Tizano geht ohne Unterbrechung fort. Des feindliche Feuer heizte sich munter zu großer Stärke. Die italienische Infanterie verlor bei Biava einen Handstreich gegen eine unserer Höhenstellungen. Sie wurde durch ungeheuren Gegenstoß geworfen.

Frankreich und Belgien.

Die gegnerischen Heeresberichte.
Französischer Heeresbericht vom 13. Mai nachmittags: Die beiderseitigen Artillerien waren im Lauf der Nacht zwischen Somme und Oise und an der Aisne-Fronten tätig. Heute früh machten die Deutschen heftige Gegenangriffe auf der Höhe von Craonne, nördlich Reims und in der Gegend von Reims de Champagne. Sie wurden durch Artillerie und Infanteriefeuer abgewiesen und sturzen unter schweren Verlusten zurück. Die Franzosen machten Gefangene. In der Gegend von Verdun unternahm die Franzosen zwei vollkommen glückliche Handstreich, die ihnen eine geringe Anzahl Gefangene einbrachten. In der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Abends: Der Tag war verhältnismäßig ruhig auf der ganzen Front. Keine Infanterietätigkeit. Unsere Artillerie legte ihr Verhöhnungsfeuer gegen die feindlichen Werke und Anlagen fort. Die deutsche Artillerie antwortete nur schwach.

Belgischer Bericht: Die Artillerietätigkeit war auf der ganzen belgischen Front ziemlich umfangreich. Bei Dinant spielten sich heftige Handgranatankämpfe ab. Bei den Feindhäusern kam es zu Bombenkämpfen. Ein von einem belgischen Fagot-Flugzeug angegriffenes deutsches Flugzeug fiel in den Wald von Houthulst.

Englischer Bericht vom 13. Mai. In der vergangenen Nacht Patrouillengefechte nordwestlich von St. Quentin, nordwestlich Leuziquet (Leuziquet?). Dem Feinde wurden Verluste zugefügt und unsere Posten an gewissen Punkten vorgeschoben. Der Kampf in Hallecourt geht weiter. Wir rücken unsere Linien in der vergangenen Nacht nördlich der Scarpe leicht vor und verbeserten unsere Stellung an den Abhängen des Greenland-Hügels nördlich des Flusses. Hierbei machten wir einige Gefangene. In Beginn der Nacht wurde ein feindlicher Gegenangriff östlich des Friedhofes von Roey abgewiesen. Einige 50 Gefangene blieben in unserer Hand.

Früh morgens unternahm der Feind zwei weitere Angriffe gegen die Stellungen in der Hindenburg-Linie östlich Valenciennes. Die beide Male angreifenden Truppen wurden zurückgeschlagen und ließen zahlreiche tote und verletzte Gräben. Während der letzten zehn Tage hielten die Angreifer prächtig ihre Stellungen in diesem Abschnitt der Hindenburg-Linie, indem sie während dieser Zeit wenigstens zwölf erfolglose feindliche Gegenangriffe abhingen. Ein großer Teil des Dorfes Valenciennes, das in der Hindenburg-Linie liegt, ist jetzt in unserer Hand. Nördlich der Scarpe setzten sich unsere Truppen während des Tages in den westlichen Häusern von Roey fest und machten auf den Abhängen des Greenland-Hügels Fortschritte, wobei sie einige Gefangene machten.

Rußland.

Der russische Kriegsminister Gutschkow, bekanntlich neben Kojew ein der größten Kriegshelden und Führer im russischen Widerstand, ist zurückgetreten.

In der Sitzung der Vertreter der Front machte Kriegsminister Gutschkow Mitteilung von seinem Rücktritt und verles folgendes Schreiben, das er hierüber an den Reichspräsidenten Petrov gerichtet hat: Unter den Bedingungen, in die die Revolutionsgewalt, insbesondere die Umgestaltung des Kriegs- und Verwaltungsapparates in bezug auf Heer und Flotte verlegt ist und welche der Beschaffung, die ich nicht zu leisten vermag und die von anderen Seiten her auf mich einwirken, bin ich gezwungen, meine

und sogar für den Bestand Rußlands haben, kann ich das Amt eines Ministers des Kriegs und der Marine nicht länger ausüben und die Verantwortung für die schwersten Fehler, die man am Vaterlande begeht, nicht teilen.

Gutschkow hat also das Feld geräumt; er hat aus dem gegen ihn und Miljukow gerichteten Kundgebungen des Volkes die richtige Lehre gezogen und sich auf einigermassen anständiger Weise aus der Affäre gezogen. Miljukow aber klebt noch weiter auf seinem Posten — bis auch er hinweggefegt wird.

Rußlands Politik unter dem Einfluß geheimer Verträge.

Auf Wunsch der Vertreter des Feldheeres, die in Petersburg tagten, gab der Minister des Aeußern Miljukow Erklärungen ab über gewisse Fragen der auswärtigen Politik. Miljukow sagte u. a.: Es bestehen geheime Verträge, aber sie können nicht veröffentlicht werden, denn das würde eine Enttarnung von Geheimnissen bedeuten, die nicht nur den Interessen der russischen Demokratie, sondern auch denen aller Alliierten schaden könnte. Diese sind mit Rußland vollkommen einig darin, daß das Ziel des Krieges das Recht der Völker auf freie nationale Entwicklung ist. Was die Anexionen und Entschädigungen betrifft, so muß die Bedeutung, die die Alliierten diesen Worten beilegen, genau festgelegt werden. So bestehen die Alliierten darauf, daß diejenigen, die ihr Land verwüstet und geplündert haben, ihnen den Schaden ersetzen. Die alliierten Länder haben sich anfangs über die russische Revolution gefreut, dann aber die Besorgnis gefaßt, daß in Rußland die deutschfeindliche Sympathie die Oberhand gewinnen. Außerdem flößen die Verwirrung, die bei uns in der Verpflegung herrscht, und der Munitionsmangel unseren Alliierten Beunruhigung ein. Nach amtlichen Angaben ist die Lage in Deutschland kritisch. Japan beabsichtigt nicht, Rußland anzugreifen; seine Gedanken sind auf den Orient gerichtet. Amerika bewilligt Rußland eine sehr vorteilhafte Anleihe und schickt uns Ingenieure, die die sibirischen Eisenbahnen einrichten und uns auf anderen technischen Gebieten helfen werden.

Es fragt sich nur, wie lange sich das russische Volk es gefallen lassen wird, von der Entente am Gängelbände geführt zu werden.

Thomas im Arbeiter- und Soldatenrat.

Der französische Munitionsminister Albert Thomas hielt vor dem Volksgesamtschuß des Arbeiter- und Soldatenrats eine lange Rede, in der er sagte: Die französischen Demokraten hofften, daß das neue Rußland Frankreich vorbehaltlos unterstützen würde. Er tadelt die deutschen Mehrheitssozialisten und verwarf die Stockholmer Konferenz, die ohne vorherige Aufstellung der gemeinsamen Grundzüge einberufen worden sei. Er erkannte aber an, daß es wünschenswert sei, daß die sozialistischen Parteien aller Länder klar ihre Grundzüge formulierten. Immerhin dürfe diese Bemühung nicht Gelegenheit zu einer neuen deutschen Intrige geben. Thomas erinnerte an die Kämpfe der deutschen Sozialisten während des Krieges. (1) Nach dem Eintritt der Bereinigten Staaten in den Krieg und nach der russischen Revolution können die Sozialisten des Westens nur in eine Berechnung der demokratischen Kriegsziele willigen, wenn sie die Gewißheit einer kräftigen Kriegführung haben, denn die Kriegsziele der internationalen Demokratie werden niemals vom preussischen Militarismus anerkannt werden. Um die demokratischen Gedanken zu verwirklichen, muß Deutschland durch die Schritte aller befreit werden. — So arbeitet ein sogenannter Sozialist gegen den Frieden.

Dem schweizerischen Nationalrat Grimm das Betreten Rußlands verboten.

Der Ausschuß für die Rückkehr der politischen russischen Flüchtlinge teilte der internationalen sozialistischen Kommission mit, daß nach einem Telegramm an die russische Gesandtschaft in Stockholm die einseitige Regierung dem schweizerischen Nationalrat Robert Grimm, der den Auftrag hatte, mit der russischen Regierung wegen der Rückkehr der politischen Flüchtlinge zu unterhandeln, das Betreten Rußlands verboten habe. Der Stockholmer Ausschuß erludige telegraphisch den Arbeiter- und Soldatenrat, sich ins Mittel zu legen.

Der Seekrieg.

Französischer Transportdampfer im Mittelmeer versenkt.
22. Berlin, 14. Mai. (Amlich.) Ein neuer in der Mittelmeer operierender U-Boot, Kommandant Oberleutnant zur See Lavenburg, griff am 30. April den französischen Transportdampfer „Colibri“, 3384 Br.-Reg.-T., mit Truppen und Kriegsmaterial von Marseille nach Salonik unterwegs, vor dem Kanal von La Gaije an und brachte ihn durch Torpedotreffer innerhalb fünf Minuten zum Sinken.
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

21. Berlin, den 15. Mai.
1. In der letzten Zeit haben russische Seeflugzeuge mehrfach versucht, die Tätigkeit unserer Torpedoenzführer an der nordatlantischen Küste zu hindern. Am 13. Mai morgens wurde daher die russische Flugstation Sebraz ausgiebig mit Bomben belegt.

2. Neue U-Boots-Erfolge im Atlantischen Ozean. 4 Dampfer und 3 Segler mit 25 000 Brutto-Registertonnen.
Unter den versenkten Schiffen befanden sich u. a. folgende: Ein englischer Dampfer vom Aussehen „Matina“, ein großer englischer Landdampfer, englischer Segler „Bessing“, Ladung Kohlen, italienischer Dampfer „Sardien Mars“, 2668 Tonnen, belgischer 2700 Tonniger Segler, von Spanien-Matrosen nach England.

Von den übrigen versenkten Dampfern hatten u. a. zwei Kohlen, ein Holz, ein Salpeter, ein Delfinöl und ein Stückgut geladen.
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Bekämpfung von Seeräubern durch englische Seestreitkräfte.

Die englische Admiralität teilt mit: Ein Teil unserer Dover-Stationäre machte gestern (Sonntag) früh mit Erfolg eine sehr wichtige Seeräubung von Seeräubern durch. Unsere Marineeinheiten waren ebenfalls daran beteiligt. Ueber 15 Kampfe wurden in der Luft ausgefochten und hierbei vier feindliche Flugzeuge zerstört und fünf zum Sinken gebracht. Zwei von anderen

Flugzeugen sind nicht zurückgekehrt; das eine davon landete in Holland und wurde interniert.

Hierzu wird von amtlicher Stelle erklärt: 1. Die Beschaffung von Seeräubern durch englische Seestreitkräfte war ohne jeglichen militärischen Erfolg. Es entstand nur geringer Sachschaden ohne jede Bedeutung. 2. Es ist kein deutsches Flugzeug zerstört oder zum Abbruch gebracht worden.

Überprüfung der Kriegsziele der Verbandsmächte unter russischem Einfluß.

Nachdem die einseitige russische Regierung unter dem Druck des Arbeiter- und Soldaten-Rates auf Eroberungen hat verzichten müssen, beginnt sich auch Renaudel eines Besseren zu besinnen. Er tritt jetzt in seiner gewundenen Weise für eine Revision der Kriegsziele der Verbandsmächte ein. In seinem Leitartikel in der „Humanite“ vom 6. Mai, überschrieben: „In Rußland“ erklärt er:

„Wir haben nur unbestimmte Nachrichten über das, was in Rußland vorgeht. Doch geht aus den Depeschen hervor, daß die innere (soll wohl heißen: äußere — J.R.) Politik unserer Verbündeten den Hauptgrund der Auseinandersetzungen bilden, die zwischen der einseitigen Regierung und dem Arbeiter- und Soldaten-Rate vor sich gehen. Insbesondere sind es die Erklärungen des Ministers des Aeußern, Miljukow, die den Gegenstand der Meinungsverschiedenheiten bilden und Kundgebungen und Gegenkundgebungen hervorrufen. Wir erklären seiner Zeit, daß uns Kerenskijs Eintreten für die Internationalisierung Konstantinopels und damit für den Verzicht Rußlands auf die zaristischen Eroberungspläne im Orient nützlich schien und daß es einen Bruch mit der Vergangenheit bedeutete. Aber es bedeutete auch Uneinigkeit mit Miljukow. Das Unbehagen nahm notwendigerweise zu.“

„Ich habe nicht die Absicht, mich in diese inneren Angelegenheiten zu mischen, aber aus den bei uns gestern angelegten Depeschen ersehen wir, daß Miljukow gegen die Ablehnung einer erklärenden Note an die Verbandsmächte war, da er ein derartiges Vorgehen für wenig diplomatisch hielt. Darauf antwortete Tschaidje, daß wenn die Regierung den Verbandsmächten keine Präzisierung der Lage geben könne, so sei sie doch wohl imstande, sie dem russischen Volke zu geben.“

Hieraus ergibt sich für die Diplomatie Frankreichs und der Verbandsmächte ein neues Problem, das gelöst werden muß. Es ist eine viel zu ernste Sache, daß zwischen dem neuen russischen Regime, zwischen dem russischen Volke und uns keinerlei Mißverständnisse entstehen, um warten zu können, bis die Schwierigkeit, die jetzt noch gering ist, eine Verschärfung erfährt. Wir haben ein viel zu großes Interesse daran, daß die russische Revolution ihre Bestimmung erfüllt und sich organisiert und nicht spaltet, um zu gestatten, daß durch Mangel an Scharfsicht der Verbandsmächte die innere Entwicklung behindert werde. Ich will damit sagen: Niemand zweifelt daran, daß der Zarismus die im Dezember 1916 von den Verbandsmächten an Wilson gesandte Note beauftragt hat. Wenn nun Rußland selber zu einer Überprüfung bereit ist, so müssen auch seine Verbündeten sich dazu verstehen. Wenn sie nur durch das aufgehalten wird, was Miljukow als ein unannehmbares Vorgehen bezeichnet, so sollten die Verbandsmächte ihn von seinen Bedenken befreien. Sie sollten ihre Bereitwilligkeit erklären, im Verein mit dem freien Rußland ihre Note einer Revision zu unterziehen. Es wäre sogar nichts Unpassendes dabei, an die Bereinigten Staaten zu appellieren und zusammen mit ihnen sich darüber zu äußern, auf welche Weise der Krieg abgeschlossen werden könnte.“

Die Haltung des russischen Arbeiter-Rates hat also die französische sozialistische Mehrheit bestimmt, eine Revision der Kriegsziele der Verbandsmächte anzugehen.

Die Auferstehung der Internationale.

In einem so überschriebenen Artikel sagt G. v. Gerlach in der „Welt am Montag“:

„Zurzeit muß man sich mit der Feststellung begnügen: auf dem alten offiziellen Wege geht es nicht weiter, wenn nicht Gut und Blut endlos weiter vermüht werden soll. Der Schrecken von nunmehr fast drei Jahren hat der Welt zur Genüge den Beweis erbracht, daß von oben die Rettung nicht kommen kann. Nur von dem Drängen der Massen unten mit ihren zwar durch den Kriegsausbruch verhärteten, aber im Grunde doch urgesunden Instinkten ist das Heil zu erwarten.“

Von Männern, die ihrer Lebensstellung und ihrer politischen Auffassung nach weltweit vom Proletariat entfernt sind, habe ich in den letzten Wochen so manchesmal den Ausdruck gehört: „Nur die Sozialdemokratie kann uns den Frieden bringen!“ Auch die Regierungen selbst scheinen allmählich zu dem „Acheron“ mehr Vertrauen zu haben, als zu den „Super“. Sonst würden sie, die sonst mit Papstbewilligungen nicht gerade spendabel gewesen sind, die Reise nach Stockholm nicht so zu erleichtern geneigt sein.

Die Internationale hat einen tiefen Kriesschlaf gehalten! Welch ein Segen aber, daß sie überhaupt noch da war! Daß sie eine Organisation, ein Bureau, eine Tradition hatte. Alles jetzt zu improvisieren, das wäre praktisch kaum möglich gewesen. Aber man braucht ja nur an Vorhandenes anzuknüpfen, vorübergehend Vergessenes wieder wachzurufen, Schlummerndes neu zu beleben.

Die „feindlichen“ Diplomaten haben es noch nicht fertig gebracht, sich wieder an denselben Tisch zu setzen. Sie fühlen sich eben in erster Linie als Vertreter von Staaten und Regierungen, die sich in scheinbar unverpöhlischer Feindschaft gegenüberstehen, weil jeder den anderen für den eigentlich Schuldigen hält. Die Männer, die sich demnächst in Stockholm ver sammeln werden, gehören Völkern an, die miteinander im Kriege leben. Aber sie fühlen sich als die Vertreter der Massen, die den Krieg nicht gewollt haben, die sich eigentlich gar nicht als Feinde empfinden, die die nationalen Gegensätze oder — richtiger gesagt — Unterschiebe als unendlich viel kleiner ansehen als die gemeinsamen internationalen Interessen der Menschheit.

Stockholm bedeutet noch nicht den Frieden. Auch hier, wie immer, gilt es, vor Illusionen zu warnen, damit nicht unausbleibliche Enttäuschungen eine um so tiefere Depression oder gar gegenseitige Verbitterung erzeugen. Noch klaffen innerhalb der Internationale selbst tiefe Gegensätze. Es wird schwer sein, Haase und Scheidemann, Lenin und Tschaidje, Brizon und Thomas, Snowden und Henderson zu einem gemeinsamen Friedensprogramm zusammenzubringen. Die Frage der Schuld an dem Kriege wirkt wie eine Barriere. Und doch ist es fast unmöglich, die Vergangenheit mit

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Mai 1917.
108. Sitzung, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: S. E. Herrich, Koedern, Kraetke.
Der Antragtragetat auf Bewilligung von 2,4 Millionen Mark zur Erweiterung von Grundstücken in der Wilhelmstraße zum Zweck einer Erweiterung des Kriegsministeriums wird in zweiter Lesung genehmigt.

Zweite Lesung der Kaligesehnovelle.

Der Ausschuss hat eine Erhöhung der Kalipreise in das Gesetz eingefügt und u. a. die Gewährung von Teuerungszulagen an die Arbeiter bei sonstiger Kürzung oder Entziehung der Berechtigungsgelder vorgeschrieben.

Abg. St. v. (natl.): Bei der Notlage der Kalindustrie hätten die Preise schon längst erhöht werden müssen. In dem Gebiete der Kalindustrie ist die gesamte deutsche Landwirtschaft interessiert. Sollte man der Kalindustrie nicht reichsgesetzlich geregelt, so hätte die Kalindustrie im Kriege glänzende Geschäfte gemacht. Die Preiserhöhung wird keine Verteuerung der Nahrungsmittel zur Folge haben, denn sie macht für den Morgen Nahrungsmittel nur 50 Pf. bis 1 Mk. aus. Nach dem Kriege werden kostspielige Arbeiten notwendig sein, die die Werke jetzt nicht durchführen können.

Abg. S. a. s. (Soz.): Nicht etwa der Krieg hat die schlechte Lage der Kalindustrie herbeigeführt, sondern schon 1913 konnten die meisten Werke keinen Gewinn ausbilden. Die kolossale Verwertung der Werke und die Ueberproduktion sind an der Wiltzer Schuld. Schon als wir 1910 das Kaligesez machten, waren die Werke wie Pilze aus der Erde geschossen, von 65 ist aber ihre Zahl auf 207 gestiegen. 1910 wurde unsere Resolution auf Ueberführung des Kalibergrubens in den Besitz des Reiches angenommen, jetzt aber haben wir dafür in der Kommission keine Mehrheit gefunden, obgleich der Abg. Gothein in einer Schrift für die Verstaatlichung eingetreten ist, die auch von Zentrumsleuten im bayerischen Landtag, von der „Kölnischen Volkszeitung“ usw. gefordert wurde. Schon 1910 wurde anerkannt, daß gegen die vorgesehenen Höchstpreise ein Gegengewicht durch Mindestlöhne geschaffen werden müsse, damit die Werksbesitzer nicht auf Kosten der Arbeiter die Löhne drücken könnten. Der damals festgesetzte Mindestlohn bezieht sich aber nicht auf den einzelnen Arbeiter, dieser weiß nicht, was er zu beanspruchen hat, und ob ihm der geschätzte Lohn ausbezahlt wird. Leider sind wir auch jetzt mit einem darauf hinzielenden Antrag abgeblieben. Wiederholt ist zwar die Nachzahlung von arbeitslosen Löhnen angeordnet worden, aber infolge des starken Arbeiterwechsels wurde das häufig. Darum haben wir beantragt, daß in jedem Falle nachgeprüft werden soll, ob die Löhne dem Gesetz entsprechen. Mit den Löhnen wird in der Kalindustrie eine ganz außerordentliche Geheimniskammer getrieben; das Verlangen der Arbeiterorganisationen, die vorgeschriebenen Löhne in allen Zechen anzuschlagen, wird von den Unternehmern nicht erfüllt. Während die Löhne im übrigen Bergbau stärker gestiegen sind, beträgt ihre Steigerung während des Krieges im Kalibergrubens durchschnittlich nur 25 Proz. Dabei gibt es auch im Kalibergrubens sehr heiße Arbeitsstätten und Unfälle genug. Erst vor wenigen Wochen sind im Kalibergrubens „Einigkeit“ 31 Mann tödlich verunglückt, und trotzdem kommen jetzt schon wieder Klagen von dort über die Minderleistung mit den Sprengstoffen. Die Behörden müssen dort nach dem Rechten sehen, damit neue Massenunfälle nicht vorkommen. Es wird zwar behauptet, daß Kalibergrubenslöhne etwas niedriger sein können, weil die Kaliberwerke meist in landwirtschaftlichen Gegenden liegen, und die Kaliberarbeiter selbst häufig etwas Landwirtschaft betreiben. Es bestehen aber dort ebenso hohe Lebensmittel- und noch höhere Preise für Kleider, Wäsche und Schuhwerk als selbst in den Großstädten. Leider hat die Kommission unseren Antrag auf eine allgemeine neue Teuerungszulage von 1,50 Mk. abgelehnt und nur eine Schätzzulage von 1 Mk. für erwachsene männliche, 75 Pf. für erwachsene weibliche und 50 Pf. für jugendliche Arbeiter beschlossen. Wir nehmen unseren Antrag aus der Kommission wieder auf. Gegenüber der Behauptung der Bergwerksbesitzer, daß die Lohnerhöhung 7 1/2 Millionen Mark betrage, stelle ich fest, daß sie höchstens 6 Millionen beträgt, denn die Kriegesgefangenen kommen dabei nicht in Frage und die Zivilisangefangenen werden mit so erbärmlichen Löhnen abgespeist, daß einer von ihnen, der seinerzeit nach Stürben verbannt war, erklärt hat, dort sei es besser gewesen als hier. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Regierung muß dafür sorgen, daß die Zivilisangefangenen die gesetzlichen Löhne erhalten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Selbst die vom Syndikat zugestandene Lohnerhöhung von

25 Pf. ist vielfach den Arbeitern und besonders den Arbeiterinnen vorenthalten worden, man hat sie aber als bezahlt in die Lohnbücher hineingeschrieben. Ein solch schändlicher Wortbruch muß hier gekennzeichnet werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Syndikat müßte dafür sorgen, daß diese Zulage vereinbarungsgemäß ab 1. Juli nachgezahlt wird. Selbstverständlich müßten auch die von Zwischenunternehmern beschäftigten Arbeiter die gesetzlichen Löhne und die Zulagen erhalten. Durch § 13 der jetzigen Novelle wird das vorgegeschrieben. In einer wirksamen Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften beantragen wir, daß vom 1. Juli 1917 ab genau in die Lohnbücher eingetragen werden muß, was an Lohn und was an Zulagen bezahlt wird. Es muß den Arbeitern gestattet sein, sich wegen der Lohnfestsetzung an ihre Vertrauensleute, die Arbeiterauschüsse, zu wenden. Wenn selbst diese Messerspitze Entgegenkommen den Arbeitern verweigert würde, so werden die Arbeiter die Schlüsse daraus ziehen. Damit Klarheit und Beruhigung geschaffen werde, müssen wir darauf bestehen, daß die Arbeiterauschüsse als Schlichtungsstellen anerkannt werden. Sollte der Antrag Graf Westarp, diesen Beschluß des Ausschusses wieder zu befechtigen, angenommen werden, so werden wir unsere Haltung zum ganzen Gesetz danach einrichten. Ich schließe mit der Mahnung an die Regierung, bei der Genehmigung der Abfassung neuer Kaliberwerke äußerst vorsichtig und mit größter Strenge vorzugehen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Gothein (Vp.): Die Erhöhung der Kalipreise, die der Ausschuss beschlossen hat, ist in Wirklichkeit von den Interessierten gemacht worden, die in den Wandelgängen des Hauses tätig sind. Gerade bei dieser Industrie zeigt sich die Schädlichkeit des zeitlichen Eingreifens; unter der Herrschaft des freien Wettbewerbs waren die Kalipreise erheblich niedriger. Als Düngemittel kann das Kal die anderen wichtigen Düngemittel, vor allem Phosphor und Stickstoff, nicht ersetzen. Auch mit der Erhöhung der Arbeiterlöhne kann die Erhöhung der Preise nicht gerechtfertigt werden, denn von den 40 Millionen, die die Vorlage der Kalindustrie bringt, entfallen auf die Arbeiterlöhne nur 5 Millionen. Will man ein Monopol, so soll man in der Stille die Werke aufzukaufen beginnen, wenn man sie billig bekommen kann.

Abg. v. Brodhausen (Konf.): Trotz mancher Bedenken werden wir der Vorlage zustimmen, denn die Kalindustrie muß während des Krieges leistungsfähig erhalten werden, um die Landwirtschaft mit diesem wichtigen Dünger versorgen zu können. Die Arbeiterauschüsse dürfen sich keine staatlichen Beugnisse anmaßen, deshalb beantragen wir die Streichung der Bestimmung, die den Arbeiterauschüssen die Regelung der Lohnverhältnisse zuweist, und schlagen eine Resolution vor, die die Schlichtung dieser Streitigkeiten durch die Revierbeamten wünscht.

Unterstaatssekretär Richter: Nach Erhöhung der Kalipreise ist es wünschenswert, daß auch die Arbeiter entsprechende Lohnzulagen bekommen. Aber der Antrag der sozialdemokratischen Partei erreicht das nicht. Er steht auch geradezu im Widerspruch mit dem vorhergehenden § 2. Das Recht, Lohnverhältnisse zu verhandeln, haben die Arbeiterauschüsse schon jetzt und vernünftige Arbeitgeber werden gern mit den Arbeiterauschüssen über solche Fragen verhandeln und ihnen auch die Lohnlisten vorlegen. Wir müssen aber Wert darauf legen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Gesetze gleichmäßig zu behandeln und können daher nicht den Arbeitgeber gezwungen, die Geschäftsbücher den Arbeiterauschüssen vorzulegen. Mit den Durchschnittslöhnen kann der Arbeiter in der Tat auch gar nichts anfangen. Der Revierbeamte ist dagegen in der Lage, sich jede Einsicht zu verschaffen und jedem einzelnen Arbeiter zu sagen, ob hinsichtlich seines Lohnes den gesetzlichen Bestimmungen Genüge geschieht ist. Die von dem Abg. S. a. s. vorgeschlagenen Beschwerdepunkte werden sorgfältig nachgeprüft werden. Ich bestätige dem Abg. S. a. s., daß die Verteilung der Prüfung der Durchschnittslöhne für 1916 bis zum 1. Juli 1917 beendet haben wird.

Abg. Urendt (Dt. Fr.): Gerade im Interesse der Landwirtschaft muß die Kalindustrie leistungsfähig gehalten werden. Ein Kalimonopol würde sich sicher sehr wenig empfehlen. Auch die Arbeiter müssen Teil haben an der Besserstellung der Werke. Es handelt sich um den Ausbau von Notmaßnahmen und deshalb stimme ich ihnen zu. Der Antrag Antick (Soz.) würde nur Anlaß zur Unzufriedenheit und Zerwürfissen geben. Sehr zweckmäßig erscheint mir ein Antrag, der gegenwärtig vorbereitet wird, wonach dem Antrag Westarp hinzugefügt werden soll, daß mit der Prüfung etwaiger Beschwerden seitens des Arbeiterauschusses über Nichtbefolgung der Lohnvorschriften des Gesetzes der Revierbeamte zu beauftragen ist.

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.): Wie das Mädchen aus der Fremde kehrt jedes Jahr ein Kaligesez wieder, das Preissteigerungen für die Unternehmer bringt. Dem Antrag Antick stimmen wir zu. Am Abg. 1. des § 13 halten wir fest und lehnen den Antrag Westarp ab. Wir machen unsere Zustimmung zum ganzen Gesetz davon abhängig, ob dieser Antrag der Kommissionsbeschlüsse bestehen bleibt. Das Hauptziel muß sein, das Kalimonopol, erst dann wird es möglich sein, diese Industrie nach vernünftigen wirtschaftlichen Grundsätzen zu organisieren.

Abg. B. r. e. n. (Soz.): Unser Antrag zu § 20a fordert durchaus nichts Unmögliches. Die harte Arbeit der Resolution Westarp ist, einen gefunden Gedanken des Arbeiterrechts zu lassen, der dem Arbeitgeber kommen zu lassen, ja, nicht rücheln zu lassen an dem Grundsatz: der Unternehmer befehlt und der Arbeiter hat zu dienen und zu gehorchen. Den Arbeiterauschüssen setzt man auf jener Seite starken Widerstand entgegen und will die Arbeiter auf einen Weg verweisen, auf den sie viel weniger Einfluß haben. Die Beschwerden der Arbeiter in Lohnfragen bedürfen schneller Erledigung. Die Bergrevierbeamten haben schon heute eine Arbeitslast, die sie kaum bewältigen können. Die Beschwerden der Arbeiter würden also vielfach liegen bleiben. Nur wer grundsätzlich gegen Arbeiterauschüsse ist, kann gegen Abg. 6 des § 13 stimmen.

Abg. S. a. s. (Soz.) wendet sich ebenfalls gegen den Antrag Westarp. Die Messerspitze von Rechten, die den Arbeiterauschüssen in den Kommissionsbeschlüssen gegeben sind, sollte man nicht wieder beseitigen.

Unterstaatssekretär Richter betont, er habe sich nicht gegen die Arbeiterauschüsse gewendet, sondern nur behauptet, daß der Kommissionsbeschluss praktisch den Arbeitern keinen Nutzen bringen werde. (Zuruf v. d. Soz.: Abwarten!)

Damit schließt die Debatte. Unter Ablehnung des Antrages Westarp wird die Kommissionsfassung des § 13 Abg. 6 aufrecht erhalten. Der Antrag Antick (Soz.) zu § 20a wird angenommen. Es wird sofort in die dritte Lesung der Novelle eingetreten.

Dr. Urendt (Dt. Fr.) erklärt, daß er auf Grund der Beschlüsse der zweiten Lesung gezwungen sei, gegen den Entwurf zu stimmen.

Das Gesetz wird hierauf in der Fassung der zweiten Lesung auch in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die

dritte Lesung des Etats.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) beantragt, von einer Generaldebatte Abstand zu nehmen.

Abg. S. a. s. (Unabh. Soz.): Nach dem Beschlusse des Senatskommissionsrats soll der Etat des Reichsanwalts nun auf die Tagesordnung gesetzt werden und es sollen dann zunächst die auswärtige Politik und dann die innere Politik dabei insbesondere auch die Fragen der Schutzhaft usw. verhandelt werden, während heute beim Reichsamts des Innern die Fragen der Zensur und des Belagerungszustandes besprochen werden sollen. Nur unter der Voraussetzung, daß diese Vereinfachung loyal innegehalten wird, sind wir bereit, auf eine Generaldebatte bei der dritten Lesung zu verzichten.

Einige kleinere Etats werden in dritter Lesung debattellos verabschiedet.

Beim Etat des Reichsamts des Innern werden die Fragen der Zensur, des Belagerungszustandes zur Debatte gestellt.

Abg. Me. e. r. f. e. l. d. (Soz.): In den Mißständen auf diesem Gebiet hat sich seit den letzten Debatten herzlich wenig geändert. Mit fataler Regelmäßigkeit erleben wir dieselben Fehler, Uebergriffe und Unmännlichkeiten zur Zensur (Sehr wahr! links). Im Oktober vorigen Jahres wurde beschloffen, es soll kein Zensurverbot möglich sein, ohne vorherige Zustimmung des Reichsanwalts. Ist gefragt worden, bei dem Verbot sozialdemokratischer Blätter im Rheinland? Besonders häßlich sind die Verweise „bis auf weiteres“. Die Blätter dürfen dann nicht weiter erscheinen, bis sie demütig pater peccavi gesagt und feierlich unterschrieben haben. Eine solche kleinliche Methode ist der wahre Hohn auf die Freiheit und Bedeutung der Presse. (Sehr wahr! links.) Das alte Wort des Herrn von Tadden-Trieglaff ist verwirklicht: Preßfreiheit ja, aber mit dem Gängelband daneben. Man sucht das reichsgeliederte, komplizierte Leben der Presse in eine ideo Schablone zu bringen, die Presse völlig charakterlos zu machen, während man ihre Bedeutung in anderem Zusammenhang gar nicht genug rühmen kann. Die militärischen Stellen machen sich häufig einen sehr überheblichen Ton gegenüber der Presse an, sie verwechseln die Redakteure mit Rekruten auf dem Kaiserhofe. So heißt es in einer Zuschrift des Generalleutnants von Jaitow an die

Wer trägt die Schuld?

Erzählung von Theodor Mügge.

13 Fortsetzung.

Das würde er doch nur als Spott betrachten.

Freilich, rief Onkel Tobias abschließend, du gibst einmal als ein leichtsinniger Mensch, also sei klug, mein Sohn.

Diese Lehre befolgte ich längst, antwortete der junge Mann, ich demütigte mich geduldig, aber — alles hat sein Ende.

Das versteht sich! rief Onkel Tobias, und indem er einen heftigen Schlag auf die silberne Dose tat und sie ihm hinhielt, zog er seine breiten Augenbrauen pflügend in die Höhe. Wie ist es denn Kolombus gegangen, sagte er, als er Amerika entdeckte? Die Bischöfe und Erzbischöfe, die Gelehrten und Weisen wackelten mit den Köpfen äger, als seine Mutter mit ihrer Haube weckte, schimpften ihn Keher und Leichtsinninger, Narz und Taugenichts. Nachher aber holten sie ihn im Triumph ein, und das ganze Land war stolz auf ihn. Und so werden sie dich auch im Triumph einholen, wenn du dein Amerika entdeckt hast, mein Junge. Bis dahin aber mache es wie der große Kolombus. Laß sie reden was sie wollen, denke immer an das Geld für deine Schiffe.

Daran hatte Eward auch immer als guter Kaufmann gedacht. Er hatte viel Geld nötig gehabt, hatte sich, wie es in solchen Fällen üblich ist, mit seinem Kredit gehalten, mit Verschleiss, die er so lange als möglich laufen ließ, auch in manchen Fällen die auf spätere Zahlungsrufen verlegte. Er war mit aller seiner Gewandtheit aber nicht imstande, seine Verlegenheiten ganz zu verdecken und sah daher den Tag kommen, wo er auf jeden Fall sich an seine Mutter wenden mußte. Während dieser Zeit gab es oft Stunden voll trüber Vorstellungen und Zweifel, und wo sollte er sich ermitteln, da ihm dreies in seinem Haupte nicht möglich war? Mit Anna konnte und wollte er nicht von seinen Sorgen und Entwürfen sprechen, denn er wußte zu gut, daß er dafür nur Teilnahmelosigkeit oder Vorwürfe finden würde. Ihre Gesellschaft wurde immer mehr langweilig und peinlich, weil er nicht wußte, wie er sie und sich unterhalten sollte ohne Vergernis zu erregen. Häufig fand er auch seine Frau nicht zu Haus, denn sie besuchte fast täglich ihre Mutter, oder diese kam zu ihr, was seine Stunde nicht verbesserte. Sie gingen beide zu gleichgültigen Besuchen, hielten Konferenzen in frommen Angelegenheiten über besuchten die Andachtsstunden ihres verehrten Freundes, des Pastors an der Kreuzkirche.

Die Andachtsstunden besuchte Eward nicht, aber er kam doch nicht selten in jenes Bruders Haus, und es war ganz natürlich, daß er Georg häufig nicht dort antraf. Der Prediger besaß für Beobachtung und Förderung seiner heiligen Sache einen ebenso unerwählbaren Eifer, wie Eward als Fabrikant, und war ebenso unfähig für die Arbeit, welche, wie er ebenso salbungsvoll sagte,

der Herr auf seine schwachen Schultern gelegt, wie sein Bruder für die Arbeit mit Dampfseilm und Doppelpendeln.

Wenn Eward aber seinen Bruder nicht antraf, traf er dafür doch meist seine Schwägerin, und es blieb nicht ganz unbemerkt, daß er nach und nach immer öfter kam und zwar fast immer zu einer gewissen Nachmittagstunde, wo er wissen mußte, daß Georg ihn nicht störte. Die blasse junge Frau sah dann in dem kleinen Vorgarten des Predigerhauses, der an den Kirchhof stieß, auf dem gewöhnlich die Kinder spielend umherliefen. In dem Garten stand eine Laube von spanischen Weiden, die ein dichtes Gewinde tiefstehender Zweige bildeten, dennoch aber erlaubten, zwischen dem Geblättern hindurch die Kinder und alle Umgebung zu beobachten. Hier traf Eward meist seine Schwägerin, immer fleißig arbeitend, sowohl für ihre Kinder, wie für sich, und er setzte sich zu ihr, plauderte eine halbe oder wohl eine ganze Stunde und ging dann meistens wieder fort. Wenn er kam, sprangen ihm die Kinder jubelnd entgegen, und er hatte mit ihnen zu lachen und zu laufen. Er nahm sie auf seinen Arm, sie kletterten an ihm auf, saßen auf seinen Knien und unterhielten seine Tadeln. Er hörte ihr ungeschicktes Gepolde mit Vergnügen, freudigste ihre blonden Haare und ließ sich von ihnen erzählen, während er sie oft lange still betrachtete und zuweilen, seinen Empfindungen nachgebend, an seine Brust drückte. Die blasse Frau arbeitete inzwischen weiter, aber es war, wenn er bei ihr war, als läge sie nicht so leidend aus, als blickte ihr Auge mutiger, und der schmerzliche Zug um ihren Mund verlor sich in der angeregteren Stimmung.

Waren die Kinder zu ihren Spielen fortgegangen, so begannen die beiden Verwandten ihre Gespräche. Eward hatte seiner Schwägerin immer vieles mitzuteilen. Er kam zu ihr, wie er sagte, zu seiner Erbauung, denn was er zu Hause nicht fand, fand er hier bei ihr: Teilnahme, Aufmerksamkeit, guten Rat, Verständnis und Glauben. Er erzählte ihr von seinen Geschäften, seinen Arbeiten, was sich ereignete und was er beabsichtigte, und sie sagte ihre Meinung dagegen, wobei er immer vieles sehr richtig und zutreffend fand und sich herzlich freute, wenn sie ihm beipflichtete. Mit derselben Freundlichkeit und Teilnahme erkundigte er sich nach allen den kleinen Vorgängen ihres stillen Lebens, nach allem, was der Tag mit sich brachte, was die Kinder betraf, aber nur nach etwem nicht — nach dem Leben und Treiben seines Bruders.

Es schien ein schweigendes Uebereinkommen zwischen ihnen abgeschloffen, weder von Anna noch von Georg zu sprechen. Eine allgemeine Erkundigung genügte, um den Gegenstand logisch zu verlassen. Beide fühlten, daß an diesem Orte nicht gerüttelt werden dürfe, denn wenn es einmal ausgesprochen war, wozin führte da der Weg, der dahinter lag? Ein Geheimnis blickte daraus hervor, das mit seinen Abnungen beide lang und furcassam machte, und doch konnte es nicht ausbleiben, daß dann und wann die Schösser und Riegel klangen.

Se mehr Eward sein Unglück empfand, um so sehnsüchtiger

wurde er nach dem Troste, der ihm der Umgang mit seiner Schwägerin gewährte. Es war ein ungeschuldiger Ersatz für seine Schmerzen und Sorgen, den er sich verschaffte, aber er konnte bald nichts Wohltuenderes, als wenn er bei ihr saß, ihr Gesellschaft leisten konnte.

Es war beruhigend, in ihr launtes Gesicht zu sehen; wenn sie ihre Augen auf ihn richtete, war es, als kämen warmende Lichtstrahlen über ihn, der Klang ihrer Stimme machte ihm Freude. Und wie teilnehmend sie war für so vieles, woran er selbst teilnahm und was sie verbergen mußte. Sie war gut unterrichtet, weit besser als Anna, war sorgsam erzogen worden und liebte noch heimlich vieles, was ihrem Munde als Sünde galt und was sie vor ihm nicht erwähnen durfte. Jetzt sprach sie von der Zeit, wo sie noch tanzt, wo sie in ihres Vaters gastlichem Hause manche Künstler, Dichter, Schauspieler und Sänger gesehen, wie von geheimnisvoller Szenen aus alter Märchenzeit. Eward half ihr dabei, er erzählte ihr von manchem Neuen und Schönen, einigemal brachte er ihr sogar Bücher mit, und wie froh machte es ihn, wenn er sah, daß es sie erfreute. Längere Zeit kam er nicht weiter mit seinen Gedanken, es war ihm genug, was er damit an Trost gewann; allein je unmutiger und sorglicher er wurde, um so höher wuchs sich der schwarze Wurm in seinem Kopf, der sein Denken verwirrt und anreizte.

Eines Tages sah er ungewöhnlich still in der Laube, niedergeschlagen von dem Benehmen seiner Frau, die ihm weder Achtung noch Rücksicht bewies. Warum achtete sie ihn nicht? Warum jagte ihr Anblick ihm ein und schreckliches Gefühl von Widerwillen ein? — Es war eben dahin gekommen, daß beide sich nicht mehr neben einander ertragen konnten, ohne daß ipitige Bemerkungen den Grund anzeigten, der nur noch mit einer dünnen Schicht äußerer Ruhe und höflicher Form bedeckt wurde. Sobald der gewöhnliche Wechsel notwendiger Worte irgendeine eingänglichere Beziehung nahm, fand sich auch sofort ein Funke, der auf das Feuer fiel, das unter dieser Hülle brannte. Eward war zu reizbarer Heftigkeit geneigt, der kalte Hohn, mit dem er sich bedroht sah, drachte ihn bald zum Zittern, und mit einer Unflughet zu entziehen, wurde er genötigt, fortgesetzt nach dem Rezept seines Onkels ein Kolombus zu sein. Er lächelte so freundlich, wie er es vermaßte, er sprach so sanft und nachgiebig, wie ein Kind, das die Rute fürchtet, er heuchelte seine Absichten wie ein Beurteiler, der Gnade erwartet, und konnte dennoch meist nichts weiter erlangen, als andere anzügliche Worte und Winke. Aber die äußere Hülle wurde doch aufrechterhalten. Manche Gesellschaften konnten nicht vermieden werden, und niemand bemerkte den finsternen Geist, der hinter den beiden Gattin herrschte. Sie waren beide freundlich, sie kamen Arm in Arm, er war bemüht, aufmerksam zu sein, und sie gingen wohl endlich, frohlich lachend fort. Sobald sie jedoch allein waren, erklärten die Gesichter, ein Pongor von Eis lag über ihnen zu sinken und ihre Zungen zu lähmen. Einmalig oder gänzlich summt langten sie zu Hausen, schweigend trennten sie sich oder mit einem kalten Gruß. (Fortsetzung folgt.)

Zeitungsbesitzer: „Ich befehle der Zeitung“ usw. Hört, hört! Als die Zeitung diesem „Befehl“ nicht nachkam, wurde sie von den Herren der öffentlichen Meinung, die sie sich ernstlich verbitten, als „unehrlich“ bezeichnet. Von Friedrich dem Großen kommt das Wort „Gasetten dürfen nicht generiert werden“. Man nannte die Presse die fünfte Gewalt, andere haben sie mit kommandierenden Generalen verglichen, aber nur in den Kreisen der Bürokratie herrscht keine große Achtung vor der Presse. Damit steht im Zusammenhang die Papier- und die Einschlagung des Personals fast bis zur völligen Blutzucht. Herr Spahn hat bei der früheren Debatte sehr richtig gesagt: „Das Verbot einer Zeitung hat mit den Zensuren der Zensur überhaupt nichts zu tun.“ Besonders herrliche Blüten treibt die Zensur noch immer in Ostpreußen. Jetzt dürfen dort sogar die Urteile der Reichsgerichtspräsidenten von der Presse nicht abgedruckt werden. (Hört, hört! h. d. Soz.) Besonders bemerkenswert macht sich die Zensur bei der Behandlung der Ernährungsschwierigkeiten. Es zeugt von geradezu rührender Ahnungslosigkeit, wenn Herr von Batacki neulich sagte, daß solange er im Amt sei, eine Kritik der Ernährungsschwierigkeiten nicht verhandelt werde. Es beweist das, einen wie herzlich geringen Einfluß er hat. Redner führt eine Reihe von Beispielen an, in denen Verbote von Mitteilungen über Ernährungsschwierigkeiten tatsächlich erfolgt sind. Inhaft der Urkunden der Stimmung im Volke zu besetzen, will man die Presse noch mehr als bisher der Zensur unterwerfen. Neuerdings mühen selbst Beschlüsse von Stadtverordnetenversammlungen vorher der Zensurbehörde vorgelegt werden. Das ist eine unerhörte Einengung selbst der sachlichen Berichterstattung. (Hört, hört! h. d. Soz.) Herr von Batacki selbst steht unter der Zensur, ist doch an einer Stelle verboten worden, eine seiner neuen Mahnungen an die Landwirte zum Abdruck zu bringen. Wie die Herren der Zensur überhaupt in der Vorstellungswelt der Agrarier leben, in deren Kreisen sie groß geworden sind, beweist folgender Fall. Die schlesische Bergwacht brachte eine Notiz, wonach der Fürst von Pleß 2000 Morgen besten Landes unbekultiviert habe liegen lassen. Am nächsten Morgen wurde der Abdruck dieser Notiz durch Telegramm verboten. (Hört, hört! h. d. Soz.) In einer Polemik des „Zimmerer“ gegen einen Artikel im „Tag“ wurden durchaus sachliche Sätze einfach gestrichen. Die Helbenklänge der Zensur werden aus der dunkelsten Blätter in der Geschichte dieses Krieges bilden. Die Satiriker werden sich dieses dankbaren Stoffes bemächtigen und dies System der Bevormundung mit der ägenden Laune ihres Spottes übergießen. Zu allen Zeiten ist ja der Zensur, — ich erinnere an den Vormärz — das dankbarste Objekt der Satire gewesen. Eines der amüsantesten Kapitel aus der Geschichte der „Rheinischen Zeitung“ der vierziger Jahre sind die Kämpfe, die Karl Marx mit der Zensur geführt, noch mehr aber die Streiche, die er damals dem Zensur gespielt hat. Kein Wort ist hier genug, um dieses System zu geißeln, das seine Organe selbst, während wir draußen einen heroischen in der Geschichte einzig dastehenden Kampf um unsere Existenz führen. Auch gegen die Friedenssagitation geht die Zensur vor, die pazifistische Tätigkeit wird in der schlimmsten Weise gehindert, während die Ausfärbungen der Alldeutschen nicht gehindert werden. Wir müssen die Knebelung der öffentlichen Meinung, die Vergewaltigung der bürgerlichen Freiheit aufs äußerste bekämpfen. Gerade die Pressefreiheit sollte uns heilig sein. Darin steht mit dem ganzen System. Hart und schwer sind die Kriegstage, sie werden getragen mit dem Bewußtsein der Notwendigkeit, aber mit dem System der vermeidbaren Lasten und Behinderungen wollen wir verhängt bleiben. Wir verlangen die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Einschränkung der Zensur auf die allerengsten militärischen Gebiete, die Generale müssen über die Grenzen ihrer Befugnisse eindringlich belehrt werden und für jede Ueberschreitung ihrer Befugnisse haftbar gemacht werden. (Lebh. Beifall h. d. Soz.)

Abg. Dr. Stresemann (Natf.) fragt, wann der Gesandtschaft über den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte zu erwarten ist.
Staatssekretär Helfferich: Der bereits ausgearbeitete Entwurf ist durch die jüngsten Ereignisse überholt worden und wird mit den Redereien über die Ausarbeitung eines neuen Gesetzes in Verhandlungen getreten. Ich hoffe, daß es dem Reichstag bei seiner nächsten Tagung wird vorgelegt werden können. (Abg. Keil: Und wie sieht es mit der Zensur?)

Abg. v. Brodhagen (Konf.) tritt für einen Antrag Marx ein, unbeschadet der Selbständigkeit der Einzelstaaten im Verkehrsweisen die erforderlichen Vorarbeiten zur Aufstellung eines einheitlichen Planes über einen einheitlichen Ausbau von Wasserstraßen anstellen zu lassen und die erforderlichen Mittel im Nachtragsetat anzufordern, desgleichen für einen von allen Parteien unterstützten Antrag, das Wohnungsproblem, namentlich auf dem Gebiete des Kleinwohnungsbaus zu fördern. — Des weiteren bemängelt der Redner die Mangelhaftigkeit der wirtschaftlichen Mobilisierung, tadelt das Eingreifen für Äußeren, die ein wirkliches Volkswirtschaftsmittel sein könnten wie in Amerika und kritisiert den Kriegsausgang für Ersatzmitteln.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ueber unsere wirtschaftliche Mobilisierung ist es wohl besser erst nach dem Kriege zu sprechen. Der Kriegsausgang für Ersatzmitteln hat während des Krieges eine außerordentliche Tätigkeit entwickelt, die auch unserer Wirtschaft nach dem Kriegsende zugute kommen wird. Die Einruft von Äußeren wurde verboten, um nicht deutsche Waren für nicht absolut notwendige Dinge ins Ausland gehen zu lassen, und die Äußer kann man doch nicht ganz allgemein als Volkswirtschaftsmittel bezeichnen. (Abg. Waldstein (Sp.): Leider!) Ich sage auch: leider, aber auch ohne den Zoll würde es es nicht werden. — Bezüglich der Revisionen zum Wohnungsweisen teile ich die Ansicht, daß das Reich die Initiative ergreifen muß um für die Vereinheitlichung der Bestimmungen auf diesem Gebiete zu sorgen. Zu dem Antrag bezugnehmend den Ausbau der Wasserstraßen kann ich mitteilen, daß dem Reichstag heute ein Ergänzungsetat mit 12 Millionen Mark zugegangen ist, der die Vereinigung des Reiches an den Vorarbeiten zum Ausbau der Wasserstraßen regelt.

Abg. Dr. Krieger (Natf.): Dem Antrag über das Wohnungswesen stimmen wir zu, den über den Ausbau der Wasserstraßen lehnen wir ab, weil der Reichstag ja schon letztes Mal einen entsprechenden Antrag auf Errichtung eines Reichswasserbauamtes angenommen hat. Das unsere wirtschaftliche Mobilisierung mangelhaft vorberichtet war, können wir sehr wohl heute schon schließen. — Die Kriegsgeldleistungen werden hoffentlich sehr bald wieder verschwinden.

Abg. Nischling (Sp.) protestiert gegen zu weitgehende Behinderungen des Aus- und Einfuhrhandels, insbesondere der Weinexport.

Ministerialdirektor Müller betont, daß bei der Selbstversorgung der Weineinrichtung durch ausgegangene Weine, daß Wein nicht in erster Linie Nahrungsmittel ist.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.): Die Neuorientierung werden wir erfordern müssen, vorläufig heißt das Volk unter dem Druck des Belagerungszustandes, der keine Bewegungsfreiheit bewahrt. Am wichtigsten wird die Arbeiterfrage davon betroffen. Man will eine massive und willkürliche Helmschlinge aus den Arbeitern ziehen. Es ist genau dieselbe Helmschlinge, die in Russland besteht, bevor die Revolution mit der Herrschaft des Zaren am Ende macht. Bei uns in Deutschland hat man sich über den Kopf, daß hier dieselbe Helmschlinge ist. Das Generalkommando in Moskau hat die Errichtung jeder Zusammenkunft verboten und die Abreise der revolutionären Elemente in England verboten. (Hört, hört!) Solche Verbote hat auch anderwärts erlassen. Das deutsche Volk hat eine große Aufgabe, was in Russland vorgeht, darin zeigt sich das hohe Gewissen unserer Gewerkschafter, die Angst vor dem Jura des Reiches. Nichts ist auch verboten worden, daß in Deutschland überhaupt über die wahre Revolution geredet werde. In der Reichsversammlung Leipzig hat man selbst die Mitglieder der Gewerkschaften die Errichtung eines wahren ausgearbeiteten Redaktionsrat, verlangt. Unerhörlich dumm, in

Leipzig Stadt, kann über dasselbe Thema sogar in öffentlicher Versammlung ungehindert gesprochen werden. Das zeigt wie unangenehm denartige Verfügungen sind. Die Amtshauptmannschaften in Sachsen, die man die ungeliebten Könige von Sachsen nennt, mögen ja besonders zittern um ihr Können, wenn in Deutschland einmal reiner Tisch gemacht werden soll mit allem absolutistischen Plunder. — Der Opposition innerhalb der Sozialdemokratie ist fast durchgängig verboten, in der Presse Artikel über die russische Revolution zu bringen. Mit dem Volksblatt in Halle wird seit dem 7. Mai verhandelt, um das Wiedererschließen des Blattes zu ermöglichen. Dabei sind Bedingungen gestellt, die deutlich zeigen, daß das Generalkommando auf die Entlassung der gegenwärtigen oppositionellen Redaktion hinstellt, um das Blatt in die Hände der Richtung, Säbemann zu spielen. Gegen diese Parteimaßnahme für eine bestimmte Richtung, die mit den Aufgaben der Zensur nicht das geringste zu tun hat, erhebe ich sofortigen Protest. (Bravo! bei den Unabh. Soz.) Gegen die „Gleichheit“ in Stuttgart ist ein planmäßiger Unterdrückungsplan gefaßt worden. Redner schildert dies im einzelnen. 50.000 Exemplare eines Aufrufs zum Freitagsstreik von Frau Zieg wurden beschlagnahmt, trotzdem der Text zweimal von der Zensur genehmigt worden war. Angeblich weil darin aufgefordert wurde zum Besuch von Versammlungen, an denen Frauen teilnehmen sollten, mit der Begründung, es wäre „trotzdem“ politisch in Richtung getauert, solche politischen Versammlungen abzuhalten. Dabei hat erst gestern unter der Regie des Herrn Mümm eine solche öffentliche Versammlung stattgefunden, die sich mit den Kriegszwecken beschäftigt hat. Auf Veranstaltung des Berliner Polizeipräsidenten sind auch an anderen Orten die Frauenversammlungen verboten. Die politische Polizei ist die Archebin all dieser Maßnahmen der Militärbehörden. Polizeidirektor Hennings in Berlin zieht an der Schnur und draußen im Lande schlagen einige kommandierende Generale um sich wie eine gewisse Sorte von Männern, die an der Strippe gezogen werden. Die Militärs sollten es unter ihrer Führung, halten, sich als Handlanger größtmöglicher Polizeivergane herzugeben. (Vizepräsident Dove rügt diesen Ausdruck.) Natürlich gelingt es durch all solche Gewaltmaßnahmen nicht, die Stimmung zu unterdrücken. Als Ersatz für den Freitagsstreik haben wir gestern in großer Lokalen in der Umgegend Berlins Tausende von Frauen versammelt. Diese ganze Art, wie man die Frauen behandelt, muß aufreizend und verblüffend wirken. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Dabei verlangt man, daß die Frauen durchhalten sollen bis zum Verhungern. In der reaktionären Presse, die seit langem unter Billigung der Zensur auf den Burgfrieden ruht, werden die Behörden Tag für Tag gegen die Unabhängigen Sozialisten schärft gemacht. Auch die Redensarten bestehen weiter. Dem Leiter der sozialdemokratischen Organisation in Düsseldorf Söhle, hat man auf diese Weise sogar unmöglich gemacht, die Organisation zu leiten. Am willkürlichsten scheint der Kommandeur der Festung Danzig vorzugehen. Er hat einem unserer Genossen, jede politische Betätigung, besonders Verteilung jeglicher Art von Flugblättern, unterzogen. Das ist ein ablatut ungeheures Verbot. Nicht mehr das Russentum, sondern das Vorurteil ist jetzt das reaktionärste Element der Welt. Der Regierung sind die Züge von den Militärs aus der Hand genommen. Statt der Neuorientierung ist uns die schärfste Reaktion beschied. Daher fordern wir Scheitern des Belagerungszustandes. Wir wollen den Kampf von deutschen Volke nehmen, diese Schredenherrschafft über sich weiter ergehen zu lassen. (Bravo! bei den Unabh. Soz.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Gerade die Rede des Abg. Dittmann hat den Beweis erbracht, daß der Belagerungszustand nicht aufgehoben werden kann, denn ich nehme an, daß er sonst in der Öffentlichkeit nicht minder maßlos sprechen würde. Der Behauptung, daß bei uns ein Schredenregiment herrscht, muß ich entschieden widersprechen. (Zuruf bei den Unabh. Soz.) Die Vergleiche mit dem früheren Zustand sind für das deutsche Volk aufs höchste beleidigend. (Zuruf bei den Unabh. Soz.: Aber wahr!) Ebenso unwahr wie beleidigend! Wir können stolz sein auf die Zustände, die vor dem Kriege bei uns geherrscht haben und trotz des Belagerungszustandes auch im Kriege herrschen. Herr Dittmann ist nicht schuld daran, daß unser Volk dies Maß von Disziplin bewahrt, wie es das in der brennendsten Nacht und auch in der Heimat bisher getan hat. Ihm ist die Tatsache, daß die Arbeiter Mitte April die Arbeit insoweit wieder aufgenommen haben, offenbar sehr ermuntert. Seit Dezember vorigen Jahres ist die Möglichkeit gegeben, gegen Handhabungen der Zensur den geordneten Rechtsweg zu betreten. Ich möchte wissen, in wie vielen der Fälle, die Herr Dittmann vorgetragen hat, dieser Versuch überhaupt gemacht worden ist. Es kommt ihm offenbar sehr darauf an, die Dinge hier zur Sprache zu bringen, als sie auf dem geordneten Wege zu erledigen. Solange dieser Versuch nicht gemacht ist, muß ich es ablehnen, auf solche Fälle einzugehen. (Bravo!)

Abg. Hansen (Däne) beklagt sich über Uebergriffe der Militär- und Zensurbehörden in Schleswig-Holstein; in den Parlamentsberichten wird verheimlicht, das rechtzeitige Erscheinen der Zeitungen wird verhindert, Absätze aus dem Wolffschen Telegraphenbureau und aus Berliner Zeitungen werden nur gehalten, wenn sie vorher eingereicht werden. (Hört, hört! links.) So sind die Zeitungen ganz der Willkür des Zensors ausgeliefert. Es wird ihnen sogar zur Pflicht gemacht, Artikel aus einer neuen Korrespondenz abzurufen. (Lebh. Entzückung bei den Soz. und den Unabh. Soz.) Der Staatssekretär möge dafür sorgen, daß die Grundzüge der Zensur in Nordholstein einer gründlichen Revision unterzogen werden.

Ministerialdirektor Lebold warnt den Redner auf den im Gesetz vom 20. Dezember 1916 geregelten Beschränkungen; bei der durch dieses Gesetz eingeführten Beschränkung sind bis zum 1. Mai 20 Beschwerden eingegangen, davon sind vier noch nicht erledigt, 16 abgelehnt und alle übrigen haben Erfolg gehabt.

Abg. Bernheim (Unabh. Soz.): Sei Kritik für Zeitungen und Wochenblätter hat der Beschränkungen gar keine Bedeutung. (Lebh. Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Die Pressefreiheit ist nicht ein Recht des Schriftstellers, sondern ein Recht des deutschen Volkes, und dieses Recht wird von der Zensur aufs argste unterdrückt. (Redner führt eine Reihe von Beispielen unangenehmer Streichungen aus seinen eigenen Kritiken an.) Erwiderung auf Angriffe, ich hätte mich in den von mir herausgegebenen Dokumenten des Weltkrieges, der Kämpfer schuldig gemacht, wie sie David gegen mich erhebt, sind mir unmöglich gemacht worden. Das deutsche Volk leidet unter einer Schredenherrschafft, das deutsche Volk braucht jegliche Bewegungsfreiheit auch im Kriege. (Zuruf rechts: Säbemann!) Das deutsche Volk muß seine Meinung kundtun dürfen, die dahin geht: „Genug, wir wollen ein Ende mit dem Krieg. Jeder Friede ist besser als die Fortdauer des Krieges, der immer mehr Blut fließt, immer mehr Wohlstand vernichtet.“ (Lebh. Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Wachen Sie dem Belagerungszustand ein Ende, sonst können Zustände eintreten, die Sie nicht bezweifeln als wir. (Beifall bei den Unabh. Soz.)

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.): Wenn wir nach dem Wunsch des Staatssekretärs Helfferich auf die Erörterung dieser Dinge verzichteten, so wäre das das angeregteste Mittel, den Anlaß dieser Angriffe zu beseitigen. Das Volksinteresse erfordert dringende Ausdrücke dessen was ist. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Seit dem Gange vom Dezember vorigen Jahres haben die Zustände sich erheblich gebessert, das ist in der Kommission anerkannt worden. Einzelne Verstöße darf man nicht erlauben, um hier nur der ganzen Welt die Zustände bei uns als Säbemann vorzuführen. Für mein Gefühl ist es unerhörlich, daß in der gegenwärtigen Lage aus dem deutschen Munde solche Worte über Deutschland gesprochen werden. (Lebh. Zustimmung rechts und in der Mitte. Zuruf bei den Unabh. Soz.: Die Zustände sind unerhörlich!) Herr Stresemann sagt, jeder Friede ist besser als die Fortdauer des Krieges. Ich sage, wir wollen lieber untergehen als einen schändlichen Frieden schließen. (Lebh. Beifall.) Ich werde bei Ihnen (zur äußersten Linken) jedes Jauchen von Deutschland in den Jahren, in denen wir leben, für die Zukunft ablehnen, immer wieder, für die

Ideale für die wir kämpfen, für das, was für mich und die ganze Menschheit des deutschen Volkes in diesen schweren Zeiten den Grundhalt des ganzen Denkens und Fühlens bildet. Deshalb ist es für mich nicht möglich, mich mit Ihnen über diese Dinge auseinanderzusetzen. (Lebh. Beifall.)

Abg. Landsberg (Soz.): Der Abg. Bernheim hätte wohl den Abg. David benachrichtigen sollen, daß er seinen Streitfall mit ihm hier zur Sprache bringen wollte. (Sehr richtig! h. d. Soz.) — Die Worte des Staatssekretärs Helfferich unterstreichen sich auf die Gefahr hin, als Regierungsozialist bezeichnet zu werden. Das deutsche Volk trägt in der Tat seine schwere Last in einer bewundernswerten Weise. Wie aber ein Mann wie Helfferich, der das anerkennt, für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes eintreten kann, das verstehe ich nicht. (Lebhafte Zustimmung h. d. Soz.) Steht er nicht ein, daß der Belagerungszustand diese Selbstziplin geradezu herabwürdigt? Vor einigen Monaten hat er ihn mit Hinweis auf die römische Diktatur zu begründen versucht. Aber die Diktatur durfte nicht länger als 6 Monate dauern, eine Jahre lang fortgesetzte Knebelung der öffentlichen Meinung konnte das römische Volk nicht ertragen, sie muß ja auch mit Notwendigkeit zur Korruption aller Kreise des Volkes führen, oben und unten. (Lebhafte Zustimmung.) Uns mutet man sie nun schon drei Jahre lang zu, unser Schicksal hat man politischen Männern in die Hand gegeben, die ihren Mangel an politischer Bildung durch politische Vereingemessenheit ersetzen. Die Handhabung des Belagerungszustandes wird nicht erträglich durch die Differenzierung; würden alle Schichten des Volkes gleichmäßig behandelt oder richtiger mißhandelt, — das ganze Volk würde sich wie ein Mann dagegen erheben. Aber bei uns kann man ruhig für die Eroberung der ganzen Welt eintreten, man darf die Anhänger eines Verständigungsfriedens als Mäntlinge (ein türkisches Schimpfwort) bezeichnen und in jeder Weise beschimpfen. Diese Debatten sind nicht erhebelnd, sie spiegeln sehr unerfreuliche Zustände wieder. Aber wer darf den Spiegel schelten, der eine widerliche Frage zeigt. Die Herren von der Regierung sind ständig an diesen Debatten, weil sie sich nicht entschließen können zur Aufhebung des Belagerungszustandes. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Herzfeld (Unabh. Soz.): Der Staatssekretär muß wissen, daß wir keinen schändlichen Frieden erstreben, sondern einen Frieden der Verständigung ohne Annexionen. Das ist nach unserer Überzeugung ein Friede, der für jedes Volk ehrenvoll ist. Es gibt in Deutschland jetzt keine vollstehende Gewalt, die nicht den Militärbehörden ausgeliefert wäre; ebenso sind ihnen die Grundrechte ausgeliefert. So haben wir eine militärische Diktatur, wie sie niemals in Deutschland und in der Welt existiert worden ist. Die Zivilverwaltung bis in die höchsten Stellen sind die Untergebenen der Militärbehörden. Das schwarze Kabinett, das die Aser Revolution befehligen zu haben glaubte, ist jetzt wieder eingestürzt; die Briefförderung ist an der Tagesordnung. Es besteht eine Anordnung des Oberkommandierenden vom 21. Januar 1915, die einer Reihe von Behörden in sämtlichen Polizeiverwaltungen der Provinz das Recht der Zensur des Briefverkehrs heimlich gibt. Durch die Verfassung ist das Briefgeheimnis in der Wohnung und auf der Post ausdrücklich geschützt. Trotzdem ist heute über Tausende die Briefperre verhängt, ohne daß sie eine Ahnung davon haben. (Hört, hört!) Auch gegen mich ist die Briefperre verhängt und man hat es noch nicht einmal für nötig gehalten, auf meine Anfrage den Grund mitzuteilen. Eine Beschwerde gegen diese Briefperre gibt es überhaupt nicht. (Hört, hört!) Dieses schwarze Kabinett ist eine Schmach für das deutsche Reich und es muß dagegen vorgegangen werden. (Sehr wahr!) Die Gerichte erklären sich für unzuständig. Deshalb beantragen wir, daß wenigstens das Verwaltungsverfahren gegen die Briefperre zulässig sein muß und daß die Oberkommandierenden persönlich für die Folgen ihres Vorgehens haftbar gemacht werden.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Westarp wird abgelehnt. Der Antrag über das Kleinwohnungsproblem wird angenommen. Die weitere Erörterung wird auf Dienstag 10 Uhr vertagt. (Vorher Kleine Anfragen und Kriegsziele-Interpellationen.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Ein neuer Landesverratsprozeß in Sicht. Im vorigen Monat wurde unter den Berliner Metallarbeitern neben anderen Druckschriften ein Flugblatt „Die Lehren des großen Massenstreiks“ verbreitet, für dessen Strafverfolgung das Oberkommando eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt hatte. Der Berliner Lokalangeiger“ meldet nun, daß es der Berliner Polizei gelungen sei, die Zentralvertriebsstelle dieser Druckschriften in Neufahrer zu ermitteln und ein Mitglied des Zentralvorstandes der Unabhängigen sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins wegen Verbreitung dieses Flugblattes in Haft zu nehmen. Die Staatsanwaltschaft habe den Verhafteten wegen Landesverrats in Untersuchungshaft gehalten. Weiter berichtet das Blatt: „Bei der Vorbereitung der Auslandsbewegung und während des Streiks selbst haben auch leitende Männer der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei eine wichtige Rolle gespielt. Ihre Abgeordneten gingen in Fabriken, hielten Reden usw., und ihre Helfer leisteten die Bewegung zu organisieren, wobei es ihnen unheimlich um eine politische Aktion zu tun war. Diese Tätigkeit ist bereits im Reichstage beleuchtet worden, sie wird gleichfalls ein gerichtliches Beispiel haben. Sei der Staatsanwaltschaft schweben bereits Ermittlungen, inwiefern die führenden Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft in Betrieben, deren Angehöriger Verlaß für die Landesverratsbewegung wesentlich ist, Arbeiter zur Parteieinstellung aufgefordert haben.“

Reichstagsabgeordneter Albrecht als „Unabhängiger“. Der Kreisverband des Wahlkreises Ralbe-Wieschenleben veröffentlicht in Magdeburger Parteiblatt nachstehende Erklärung:

Parteilgenossen! Parteilgenossinnen! Mit Bedauern haben wir festzustellen, daß der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises, Herr Albrecht, nicht allein aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sondern auch aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschieden ist. Damit verliert er selbst aus dem Anspruch, noch als der von den sozialdemokratischen Wählern des Wahlkreises gewählter Reichstagsabgeordneter zu gelten, da er weiß, daß diese nur ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei als ihren Vertreter im Reichstage anerkennen können.

Der Partei- und Fraktionsvorsitzende Genosse Oberst ist wiederum von einem schweren Verlust betroffen worden. Auch sein zweiter Sohn ist nunmehr in den Kämpfen im Westen gefallen. Sein dritter Sohn steht gleichfalls im Felde. Wir freuen dem schwer geprägten Genossen Oberst unser herzlichstes Beileid aus.

Soziales.

Die allgemeinen Arbeiterferien in Schweden. Die zweite schwedische Kammer beschloß, die Regierung zur Ermittlung darüber anzufragen, wie für alle Arbeiter das Recht auf Ferien festgelegt und durchgeführt werden könne.

Aus Nah und Fern.

Schiebungen mit Batterieträgern in Berlin. Es ist festgestellt worden, daß allein in einem Monat durch Schiebungen mit Batterieträgern ein Fehlbetrag von 700.000 Reichsmark bei den Getreide- und Groß-Berlin sich ergeben hat.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co., Gumboldt in Paderborn.